



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 16.10.2018**

öffentlich

Ort: im Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:06 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Uwe Kramer

Heike Wießner

Ute Haupt

Klaus Hopfgarten

Dr. Regina Schöps

Ausschussvorsitzender
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES
FORUM

Verwaltung:

Dr. Heike Schaarschmidt

Uwe Weiske

Dagmar Schöps

Beate Erfurth

René Lukas

Referentin Bildung und Soziales

Sozialplaner

Leiterin Abteilung Wirtschaftliches Controlling

Kitafachplanerin

stellv. Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Kerstin Köferstein

Melanie Ranft

stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung wurde vom Ausschussvorsitzenden, **Herrn Kramer**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Kramer teilte mit, dass unter dem TOP 7.4 die Mitteilung über die Leistung von zusätzlichen Erzieherinnen/Erziehern in Kindertagesstätten behandelt werden soll.

Herr Kramer bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Es wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 31.05.2018
- 3.1. Bestätigung der Niederschrift vom 19.06.2018
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage zur Vorlage Umsetzung der Jugendarbeit 2018 und 2019 durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Uwe Kramer
7. Mitteilungen

- 7.1. Stand der Umsetzung zur Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018/2019
- 7.2. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Planung von Kitaplätzen für das Jahr 2019 – VI/2018/03802
- 7.3. Antragstellung Fördermittel für die Jahre 2019 ff
- 7.4. Mitteilung für zusätzliche Erzieherin/Erzieher in Kindertagesstätten
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Bestätigung der Niederschrift vom 31.05.2018

Die Niederschrift vom 31.05.2018 wurde bestätigt.

zu 3.1 Bestätigung der Niederschrift vom 19.06.2018

Die Niederschrift vom 19.06.2018 wurde bestätigt.

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Anfrage zur Vorlage Umsetzung der Jugendarbeit 2018 und 2019 durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Uwe Kramer

Herr Kramer brachte seine Anfrage zur Umsetzung der Jugendarbeit 2018 und 2019 ein und begründete diese.

Frau Dr. Schaarschmidt wies darauf hin, dass die Beschlussvorlage vergleichsweise schwer verständlich ist. Es waren unterschiedliche Entscheidungsebenen mit dieser Beschlussvorlage unzufrieden, auf Grund dessen kam es zur keiner Freigabe.

Frau Dr. Schaarschmidt erläuterte, dass die Bedarfserhebung die wichtigste Diskussionsgrundlage für diese Beschlussvorlage ist, dazu gab es mehrfach Nachfragen. Die Beschlussvorlage wird voraussichtlich in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung eingebracht.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Stand der Umsetzung zur Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018/2019

Herr Weiske informierte anhand einer Präsentation über den Stand der Umsetzung zur Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018/2019.

Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Kramer schlug vor, diesen Sachverhalt im nächsten Unterausschuss Jugendhilfeplanung inhaltlich zu diskutieren.

Frau Dr. Schöps bat darum, die Präsentation in Session einzustellen.

Sie erkundigte sich nach dem aktuellen Stand zum Präventionskonzept.

Frau Dr. Schaarschmidt teilte mit, dass Teile des Präventionskonzeptes als Bestandteil der Jugendhilfeplanung 2020-2024 aufgenommen werden bzw. dort Niederschlag finden werden. Es ist zu beachten, aus welchem Budget die präventiven Maßnahmen finanziert werden können, dafür ist im Besonderen auch die Jugendhilfeplanung geeignet.

Frau Wießner fragte, ob die geplanten Gelder schon mit Projekten unterlegt sind.

Herr Weiske verneinte dies.

Frau Dr. Schaarschmidt ergänzte, dass die ersichtlichen 200.000 Euro ausschließlich für das Jahr 2018 geplant sind.

Frau Wießner fragte, ob eine Übertragung für das Jahr 2019 möglich ist.

Frau Dr. Schaarschmidt äußerte, dass es sich hierbei um eine schwierige Konstellation handelt, weil die Mittel für das Jahr 2018 zwar vorliegen, aber im Jahr 2019 nicht mehr berücksichtigt werden können. Diese Vorgehensweise zieht die Verwaltung nicht in Betracht.

Herr Kramer bemerkte, dass er sich mit dem Thema Jugendberatung nach § 11 SGB VIII auseinandergesetzt hat. Er empfahl den Ausschussmitgliedern sich diesem Thema zu wenden, um fachlich und inhaltlich darüber zu diskutieren.

Frau Dr. Schöps erkundigte sich, ob die 200.000 Euro Mehraufwendungen im Haushalt 2018 verankert sind bzw. waren.

Herr Weiske teilte mit, dass diese Summe im Haushalt für das Jahr 2018 untersetzt wurde.

Herr Kramer bemerkte, dass er aus diesem Grund die Beschlussvorlage im Ausschuss diskutieren wollte. Er wies dabei auf die Wichtigkeit der Planungsprozesse hin.

Frau Dr. Schöps fragte, warum es nicht möglich war, diese Summe inhaltlich und organisatorisch mit Projekten zu untersetzen.

Frau Dr. Schaarschmidt wies erneut darauf hin, dass diese Beschlussvorlage eine grundsätzliche Planungsorientierung definieren soll, mehr noch nicht.

Herr Kramer bemerkte, dass man vorher über benötigte Leistungen diskutieren sollte, um dann eine Beschlussvorlage einbringen zu können.

Frau Dr. Schaarschmidt erläuterte, dass man vorher eine Planung benötigt, die auf einer Analyse des Bestandes und der Bedarfe aufbaut, um die Ausrichtung der Planung zu formulieren. Die konkreten Projekte können erst im Anschluss folgen.

Frau Dr. Schöps bemerkte, dass der Unterschuss Jugendhilfeplanung ein Arbeitsausschuss ist und somit in diesem Ausschuss relevante Themen diskutiert werden können. Diese Art von Ausschussarbeit ist nicht beschlussabhängig.

zu 7.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Planung von Kitaplätzen für das Jahr 2019 – VI/2018/03802

Frau Dr. Schöps führte in den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Hierzu teilte **Frau Erfurth** mit, dass die Verwaltung den geänderten Prüfauftrag bearbeitet hat und eine Stellungnahme im Session unter dem TOP 7.2 hinterlegt wurde.

Herr Kramer bestätigte, dass die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung im Session für alle Ausschussmitglieder ersichtlich ist.

zu 7.3 Antragstellung Fördermittel für die Jahre 2019 ff

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Mitteilung für zusätzliche Erzieherin/Erzieher in Kindertagesstätten

Frau Schöps, Dagmar informierte die Ausschussmitglieder über das Projekt für zusätzliche Erzieherinnen/Erzieher in Kindertagesstätten in der Stadt Halle (Saale).

Sie erwähnte, dass die Qualitätsentwicklung und die Standards in den Kindertagesstätten von hoher Bedeutung sind. Dadurch sind bestimmte Entwicklungen in den Kindertagesstätten erforderlich.

Frau Schöps betonte, dass sich die unterschiedlichen Problem- und Lebenslagen in den einzelnen Stadtteilen auf die Kindertageseinrichtungen auswirken. Es wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von freien Trägern gegründet, um gemeinsam zu prüfen, wie dieses Projekt umgesetzt werden könnte. Sie teilte mit, dass gemäß Haushaltsplanung ein Budget von 770.000 Euro für das Jahr 2019 bestimmt wurde. Ziel soll es sein, Kindertagesstätten mit Problemlagen auszuwählen.

Herr Kramer fragte, wie der Sachverhalt „Leistung Kita I“ auf das vorgestellte Projekt wirkt bzw. berücksichtigt werden kann.

Frau Schöps sagte, dass hierbei die Förderung der Jugendhilfeplanung gemeint ist. Zweck des Projektes soll sein, die tägliche Arbeit in den Kindertageseinrichtungen zu unterstützen, um eine gleichberechtigte Förderung in Rahmen der Kindertagesbetreuung aller Kinder zu ermöglichen.

Herr Kramer befürwortete dieses Projektvorhaben.

Frau Haupt stellte fest, dass 770.000 Euro für das Jahr 2019 zur Verfügung stehen.

Frau Schöps bestätigte, dass 770.000 Euro für das Jahr 2019 zur Verfügung stehen. Es werden Kitas berücksichtigt, die über 70 Kinder betreuen. Es sind somit 11 Kindertageseinrichtungen die ein unterschiedliches Budget erhalten.

Frau Haupt erkundigte sich, ob diese finanziellen Mittel im Haushalt eingestellt sind.

Frau Schöps antwortete, dass die Mittel Bestandteil im Bereich „Betrieb von Kindertagesstätten“ sind. Es ist eine Pflichtaufgabe und somit diesem Produkt zugeordnet.

Frau Haupt fragte, ob die Kitas selbständig den Bedarf anmelden oder die Verwaltung auswählt.

Frau Schöps, Dagmar teilte mit, dass die freien Träger und die Verwaltung nach bestimmten Kriterien und Indikatoren 11 Kindertagesstätten ausgewählt habe.

Frau Dr. Schöps stellte fest, dass dieses Projekt zusätzliche Arbeitskräfte in Kitas bedeute. Sie fragte, ob dieses Projekt sich auf zusätzliche Ausbildung von Erzieherinnen oder Erzieher bezieht.

Frau Dr. Schaarschmidt teilte mit, dass es für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher ein extra Budget bzw. Projekt gibt. Die Projekte sind unabhängig voneinander zu betrachten.

Frau Wießner fragte, ob es unter dem Produkt Personalkosten verankert ist.

Frau Schöps sagte, dass die Kalkulation Personal und Sachkosten beinhaltet.

Herr Kramer erkundigte sich nach dem zeitlichen Ablauf der geplanten Beschlussvorlage.

Frau Schöps teilte mit, dass die Vorlage bereits im Entwurf fertig ist.

Frau Dr. Schaarschmidt fügte hinzu, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage im Jahr 2018 einbringen möchte.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es lagen keine Beantwortungen von mündlichen Anfragen vor.

zu 9 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Herr Kramer beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer

